

«Beeindruckende Solidarität»

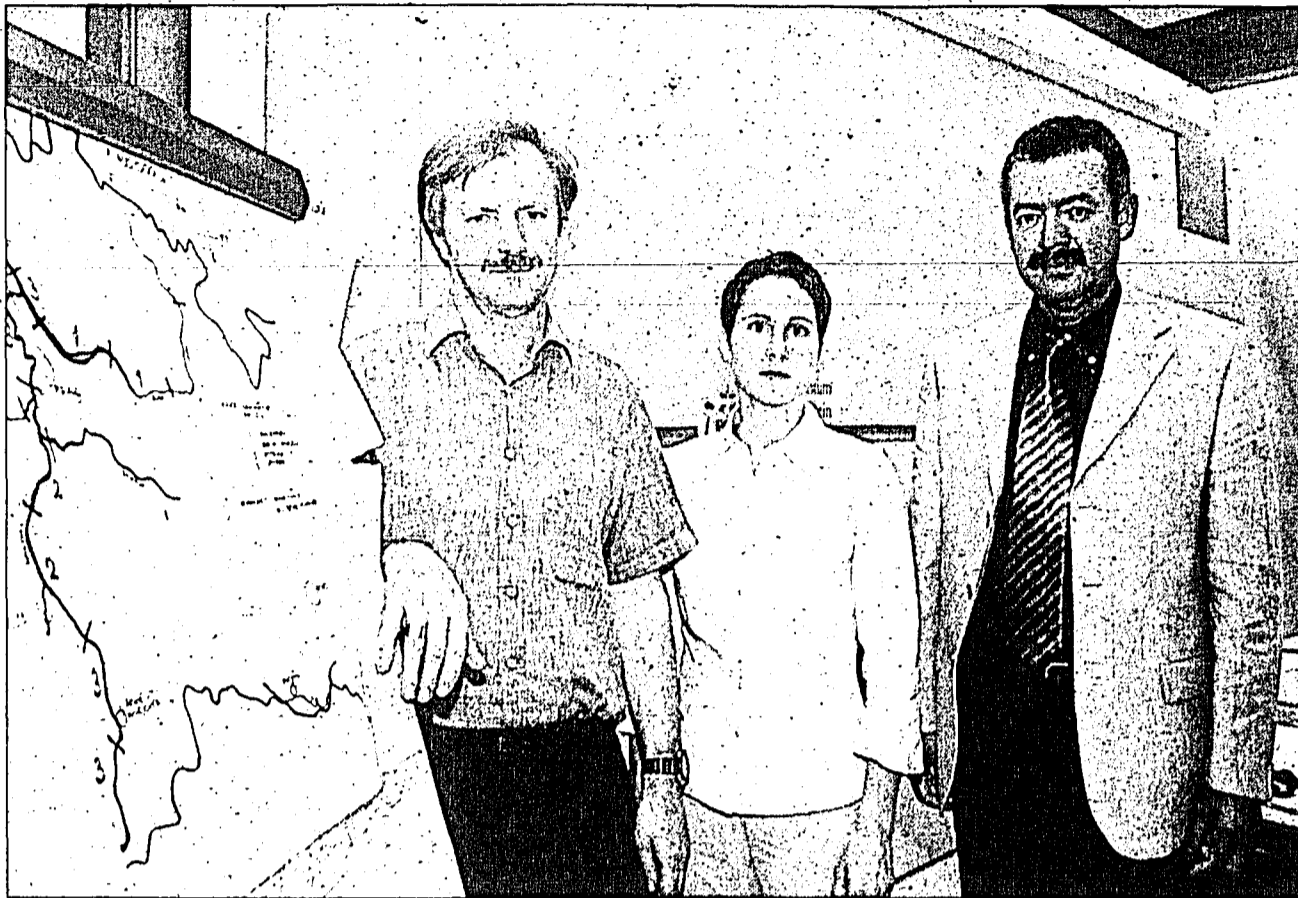
Augenzeugenberichte über einen Feldeinsatz im Hochwassergebiet in der Tschechischen Republik

Fredy Gstöhl war als erster Liechtensteiner im Auftrag des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) im vom Hochwasser betroffenen Tschechien im Einsatz (s. Volksblatt-Interview vom 31. 8.). Gestern informierte der Liechtensteiner Bauingenieur zusammen mit Daniel Beyeler, Einsatzleiter des SKH in Tschechien, die Medien über ihren Einsatz.

«Für die Menschen in Tschechien war es sehr wichtig, dass die Soforthilfe kam und sich auch die Regierung immer wieder zeigte und das Gespräch suchte», erklärte Daniel Beyeler und führte weiter aus: «Unsere Aufgabe bestand darin, Orte und Objekte anzuschauen und zu entscheiden, ob ein Wiederaufbau möglich ist oder nicht.» Das war keine einfache Aufgabe, wie Fredy Gstöhl betonte: «Es waren traurige Bilder, die wir zu Gesicht bekamen. Viele Menschen haben alles verloren und auch die ganze Ernte steht unter Wasser.»

Fünf Jahre Wiederaufbauzeit

Beeindruckt zeigten sich beide von der Solidarität unter der Bevölkerung: «Die Solidarität ist riesig. Die Menschen helfen sich gegenseitig aus. Wir waren in einem Dorf, wo nur eine einzige Frau nicht betroffen war vom Hochwasser. Sie hat für das ganze Dorf gekocht. Das war eindrücklich», so Daniel Beyeler und Fredy Gstöhl ergänzte: «Wir haben viele freiwillige Feuerwehren von anderen Ländern im Einsatz gesehen, die spontan nach Tschechien gekommen sind, um zu helfen. Sie haben Zelte mitgebracht, da es keine andere Übernachtungsmöglichkeit mehr gibt.» Zwar hat sich die Lage in Tschechien in den letzten Tagen ein wenig entspannt, der Einsatz des SKH ist aber noch immer in vollem Gange. «Die Soforthilfe war sehr wichtig, doch jetzt geht es darum, noch genauere Abklärungen über den Wiederaufbau zu machen. Wir



Alfred Gstöhl, erster Liechtensteiner im SKH, Alicia Längle, diplomatische Mitarbeiterin und Daniel Beyeler, Einsatzleiter des SKH in Tschechien, informierten gestern über den Einsatz in Tschechien. (Bild: Paul Trummer)

werden mit Sicherheit die nächsten zwei Jahre in Tschechien im Einsatz sein, um beim Wiederaufbau zu helfen und diesen zu begleiten», so Daniel Beyeler. Im betroffenen Land rechnet man mit fünf Jahren Wiederaufbauzeit.

Aus Solidarität mit der von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Bevölkerung in Österreich, Deutschland, Tschechien und in der Slowakei hat die liechtensteinische Regierung den vier betroffenen Ländern vor zwei Wochen finanzielle Unterstützung von insgesamt einer Million Franken zugesichert. In ihrer heutigen Sitzung hat die Regierung beschlossen, das Geld für je ein einzelnes Wiederaufbauprojekt in jedem der vier betroffenen Ländern zu verwenden. Die Projekte werden vollumfänglich von Liechtenstein

finanziert und sollen direkten und nachhaltigen Nutzen für die Zivilgesellschaft haben. Besondere Berücksichtigung sollen Projekte von privaten Organisationen oder Vereinigungen in den betroffenen Ländern finden, die sich im sozialen oder kulturellen Bereich engagieren. Diese leisten in der Regel sehr wertvolle Arbeit, können aber beim Wiederaufbau im Gegensatz zu staatlichen Organisationen weniger auf Unterstützung durch die öffentliche Hand zählen. Deshalb soll die liechtensteinische Hilfe konkret dort ansetzen, wo die betroffenen Staaten selbst keine Unterstützung geben können. Für solche einzelne Wiederaufbauprojekte in Österreich, Deutschland und in der Tschechischen Republik ist jeweils ein Betrag im Rahmen von CHF 250 000.- vorgesehen,

während die weniger stark betroffene Slowakische Republik durch eine Projektfinanzierung in der Grössenordnung von CHF 100 000.- unterstützt wird. Die Projektsuche ist über die Behörden und die Hilfsorganisationen vor Ort bereits in Gang gesetzt worden.

Unterstützung von Gemeinden

Schliesslich sprach sich die Regierung bei ihrer heutigen Sitzung für die Unterstützung von Projekten auf Gemeindeebene aus, sofern die liechtensteinischen Gemeinden beschliessen sollten, im Rahmen von bestehenden oder neu zu schaffenden Partnerschaften mit Gemeinden in den betroffenen Ländern Wiederaufbauprojekte zu finanzieren. (eh/paf)

Frauen fördern Frauen
Frauen fordern Frauen

Rösle Eberle-Kind, Balzers

1. Präsidentin der Frauen in der FBP



Die FBP hat vor 20 Jahren die Notwendigkeit erkannt – erkennen müssen – dass die Frauen nicht mehr länger aus der aktiven Politik herausgehalten werden dürfen. Es war auch klar, dass der Einstieg der Frauen in die politische Mitarbeit nur über die Parteien zielführend sein würde. Meine Wahl in den Landespartei Vorstand (ein 15-köpfiges Männergremium) als einzige Frau und ohne parteipolitische Erfahrung war damals ein Anfang. Meine erste Arbeit bestand darin, Mitglieder für eine Kommission für Frauenfragen zu suchen, die verschiedene Aufgaben im Sinne von «Frauen fördern Frauen und Frauen fordern Frauen» übernahm.

Der Weg der Frauen in die politische Mitverantwortung war steinig und von vielen Missstößen begleitet. Es war absehbar, dass die Einbindung der Frauen in die Politik ein Umdenken sowohl der männlichen als auch der weiblichen Bevölkerung erforderte. Es zeigte sich, dass nicht nur Männer Mühe bekundeten, auch Frauen waren etwa der Meinung, Politik sei Männersache. Es war deshalb eine Aufgabe von uns FBP-Frauen, die Notwendigkeit der Mitarbeit bewusst zu machen und Frauen zur aktiven politischen Mitarbeit zu motivieren. Ich machte damals die Erfahrung, dass viele Frauen grundsätzlich interessiert waren, sich ein Engagement aber nicht zutrauten oder mit der Parteiarbeit an sich Mühe hatten.

Die wichtigste Arbeit der FBP-Kommission für Frauenfragen bestand darin, sich für die Einführung des Frauenstimmrechtes zu engagieren. Der Landtag musste damals begleitende Gesetze schaffen, um dem Frauenstimmrecht eine Chance zu geben. Ohne Frauen in der Politik geht nichts mehr. Rückblickend kann ich feststellen, dass die damals von Parteifrauen organisierten Veranstaltungen dieses Bewusstsein stärkten. Denn Frauen sehen sich tagtäglich mit Politik spürbar konfrontiert: Sicherheit der Schulwege, erhöhte Gefahr im Strassenverkehr, immer noch Ungleichbehandlung von Mann und Frau am Arbeitsplatz, schulische Probleme, finanzielle Engpässe, gesundheitsgefährdende Umwelt.

Heute ist es selbstverständlich, dass Frauen im Landtag, in den Gemeinden, in Kommissionen und in den Ortsgruppen vertreten sind – leider noch viel zu wenig! Ich wünsche mir für die Zukunft, dass sich viele Frauen jeden Alters für die politischen Belange aktiv einsetzen. Wenn Frauen nicht mitreden und mitbestimmen, laufen sie Gefahr, dass andere in ihrem Namen politisieren und Ressourcen der Frauen gar nicht berücksichtigen. Es soll auch künftig so sein, dass Frauen keine Männerpolitik machen müssen. Frauen sind heute informiert, stark und engagiert genug, um auf ihre eigene Art zu politisieren und ihre persönlichen Fähigkeiten und Kompetenzen in die Politik einzubringen

20 Jahre
Frauen in der FBP

Unterstützung für Hilfsprogramme

Regierung spricht Beiträge für UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge

VADUZ: Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 3. September 2002 beschlossen, dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) in Genf für das Hilfsprogramm in Liberia einen Beitrag von 50 000 Franken zur Verfügung zu stellen.

Nachdem sich der bereits über 10 Jahre anhaltende Bürgerkrieg intensiviert und wieder über weite Teile des Lan-

des ausgedehnt hat, ist die Zahl der intern Vertriebenen und die Anzahl der Flüchtlinge, die nach Sierra Leone, Ghana und die Elfenbeinküste flüchten, stark gestiegen. Derzeit sind neben Tausenden von intern Vertriebenen bereits über 200 000 liberianische Flüchtlinge in den Nachbarstaaten verstreut. Viele der Vertriebenen haben Zuflucht in den vom UNHCR betriebenen Lagern für Flüchtlinge aus

Sierra Leone gesucht. Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 3. September 2002 beschlossen, dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) in Genf für das Hilfsprogramm in Sierra Leone einen Beitrag von 50 000 Franken zur Verfügung zu stellen. Das Hilfsprogramm des UNHCR unterstützt heimkehrende bzw. heimgekehrte Flüchtlinge in Sierra Leone. Im Verlaufe dieses Jahres sind tausende Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten heimgekehrt. UNHCR schätzt, dass seit Anfang des Jahres 2000 etwa 167 000 Flüchtlinge zurückgekehrt sind, und dass noch 15 000 Flüchtlinge bis Ende dieses Jahres heimkehren werden. Das Hilfsprogramm des UNHCR zielt darauf ab, den Flüchtlingen bei deren Heimkehr zu helfen, sowie dazu beizutragen, dass die Heimkehr dauerhaft wird.

Nachdem die Flüchtlinge meist in die Gemeinden und Dörfer heimkehren, die vom jahrelangen Bürgerkrieg zerstört sind, ist das Fehlen einer grundlegenden Infrastruktur ein zentrales Problem. Es soll ein Minimum an Gesundheits- und Schulwesen, einschliesslich der Gebäuderenovation aufgebaut werden.

Hilfsprogramm in Afghanistan

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 3. September 2002 beschlossen, dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) in Genf für das Hilfsprogramm für afghanische Flüchtlinge 100 000 Franken zur Verfügung zu stellen. Drei Monate nach dem Beginn des UNHCR-Hilfspro-

gramms für rückkehrende Flüchtlinge sind bereits 800 000 afghanische Flüchtlinge aus den Nachbarländern freiwillig nach Afghanistan zurückgekehrt. Unter ihnen sind 730 000 Afghanen, die als Flüchtlinge in Pakistan gelebt haben. Dazu zählen auch 60 000 rückkehrende Afghanen aus dem Iran und rund 10 000 aus Tadschikistan und Turkmenistan. UNHCR finanziert verschiedene Hilfsprojekte in ganz Afghanistan, die in diesem Jahr voraussichtlich bis zu zwei Millionen zurückkehrenden Flüchtlingen und intern Vertriebenen zugute kommen und neben der Zurverfügungstellung überlebensnotwendiger Güter unter anderem auch die Wiedereingliederung der Flüchtlinge bzw. intern Vertriebenen gewährleisten soll. Dazu kommt noch die Hilfe für rund 3 Millionen afghanische Flüchtlinge in den Nachbarstaaten.

Leichtverletzte bei Auffahrunfall

VADUZ: Am frühen Dienstagabend fuhr eine liechtensteinische Autolenkerin auf der Landstrasse von Vaduz in Richtung Schaan. Bei der Abzweigung «Lochgass» bog sie nach links ab und musste wegen Verkehrs anhalten. Ein nachfolgender Lieferwagenlenker bemerkte dies zu spät und prallte ins Heck des stehenden Autos. Beim Pkw entstand beträchtlicher Sachschaden, die Autolenkerin wurde leicht verletzt. (lpf)

ANZEIGE

Einladung zur
Weindegustation
ins
WEINGUT
Castellum
Gasthof
am Samstag 7. September 2002
13.00 Uhr - 18.00 Uhr

Wir hoffen, Sie bei uns begrüssen zu dürfen, um Ihnen ein Gläschen reinen, feinen Wein anzubieten.
Mit freundlichen Grüssen Ihre
Familie Gstöhl